

Raus aus der Sackgasse: Handlungsoptionen für die deutsche Politik im Streit um das iranische Atomprogramm

Von Jerry Sommer

Während im Fall des nordkoreanischen Atomprogramms nach einem Wechsel der US-Verhandlungsstrategie im Februar 2007 eine vielversprechende Übereinkunft erzielt werden konnte, ist im Fall des Irans keine Entspannung in Sicht. Der UN-Sicherheitsrat hat Sanktionen verhängt, weil der Iran seine Urananreicherungsaktivitäten nicht suspendiert, wie es die internationale Gemeinschaft als Vorbedingung für den Beginn jeglicher Verhandlungen fordert. Mit einer solchen Suspendierung ist allerdings weiterhin nicht zu rechnen, vielmehr baut der Iran seine Anreicherungsanlagen aus.

Deutschland hat als eines der drei EU-Länder, das die Verhandlungen mit dem Iran geführt hat, sowie als Land, das gegenwärtig die EU-Präsidentschaft und den Vorsitz im Rahmen der G-8 innehat, eine besondere Verantwortung und besondere Möglichkeiten, um Wege aus der Sackgasse zu weisen.

Das BICC hat schon im vergangenen Jahr davor gewarnt, Verhandlungen mit dem Iran an der Vorbedingung – Suspendierung der Urananreicherung – scheitern zu lassen¹. Jetzt möchten wir mit diesem „Focus“ aktuelle Handlungsoptionen für die deutsche Politik vorschlagen, die mehr Erfolg versprechen als das bisherige Vorgehen. Die Fähigkeit des Irans zur Urananreicherung mag nicht mehr zu verhindern sein. Aber den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln – dazu ist es nicht zu spät. Dafür müssen jedoch ernsthafte Verhandlungen beginnen, was mit den bestehenden Vorbedingungen nicht erreichbar ist. Ebenfalls müssen neue rote Linien eingezogen und neue Anreize gegeben werden.

Die bisherigen Sanktionen und ihre Wirkungen

Der UN-Sicherheitsrat hat inzwischen in zwei Resolutionen (23. Dezember 2006 und 24. März 2007) gewisse Sanktionen gegen den Iran verhängt, weil das Land nicht, wie vom Sicherheitsrat schon am 31. August 2006 gefordert, all seine mit Urananreicherung und Wiederaufbereitung zusammenhängenden Aktivitäten eingestellt hat. Unter dem Artikel 41 des Kapitel VII der UN-Charta wird die technische und finanzielle Unterstützung für iranische Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungs- sowie für Raketenprogramme verboten. Von 27 Individuen und 22 Organisationen, die mit diesen Programmen zu tun haben sollen, werden die Konten im Ausland gesperrt. Zusätzlich werden Waffenexporte des Irans verboten sowie alle Staaten aufgefordert, generell keine neuen Kredite an den Iran zu unterstützen sowie beim weiterhin nicht verbotenen Export von Militärgütern in den Iran besondere Vorsicht und Zurückhaltung walten zu lassen. Ausdrücklich von allen Sanktionen ausgenommen wurde das von Russland errichtete Atomkraftwerk im iranischen Busher.

Die materiellen Folgen der bisher verhängten UN-Sanktionen gegen den Iran sind minimal. Die die Urananreicherungs- und Raketentechnologien betreffenden Sanktionen sind ausschließlich symbolischer Art, da schon seit längerem kein Land solche Technologien in den Iran exportiert. Das Waffenexportverbot für den Iran ist ökonomisch vernachlässigenswert, weil es nur einen Bruchteil der circa 60 Milliarden Dollar jährlicher Einnahmen des Landes aus dem Ölgeschäft ausmacht.



Der Iran hat auf die UN-Sanktionsbeschlüsse jeweils mit einer Reduzierung der freiwilligen, über das vertragliche Mindestmaß hinausgehenden Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) reagiert. Das erschwert die Arbeit der IAEO. Dem eigentlichen Ziel der UN-Sanktionen – einer Suspendierung der iranischen Urananreicherung – ist man hingegen nicht näher gekommen.

Stand des iranischen Atomprogramms – Technologie und Intentionen

Der Iran steht im Verdacht, unter dem Mantel eines zivilen Atomprogramms die Herstellung von Atomwaffen anzustreben, weil er 18 Jahre lang bis 2002 heimlich Planungen und Programme zur Anreicherung von Uran betrieben hat. In schwach angereicherter Form (drei bis fünf Prozent) wird angereichertes Uran für Brennstäbe in zivilen Kernkraftwerken benötigt, hochangereichert (90 Prozent) kann es für den Bau einer Atombombe verwendet werden. Fragen der IAEO zu den heimlichen Programmen wurden bisher nicht ausreichend und vollständig beantwortet.

Die gegenwärtig stattfindende Urananreicherung findet unter der Kontrolle der IAEO statt². Die IAEO hat erklärt, dass bisher kein angereichertes Uran abhanden gekommen ist. In einer überirdischen Urananreicherungspilotanlage in Natanz sind 360 Zentrifugen installiert. Uran wurde dort bisher nur zeitweise zu einem Grad von weniger als fünf Prozent angereichert. Das angereicherte Uran wurde zurückverwandelt in seinen vorherigen gasförmigen Zustand.

Darüber hinaus ist der Iran dabei, in einer unterirdischen Anlage zur Urananreicherung in Natanz 1.000 bis 3.000 Zentrifugenzuinstallieren. Die IAEO hat laut Zeitungsberichten bestätigt, dass Mitte April 1.312 Zentrifugen installiert waren und dort auch „ein gewisses Maß“ an Uranhexafluorid-Gas eingeführt worden ist³. Das erklärte langfristige Ziel des Iran ist es, über 50.000 Zentrifugen in Betrieb zu nehmen. Propagandistische Erfolgsmeldungen des iranischen Präsidenten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der reibungslose Betrieb auch nur von 1.000 bis 3.000 Zentrifugen mit großen technischen Problemen verbunden ist. Bisher war der Iran offensichtlich in seiner Pilotanlage in Natanz weder in der Lage, zwei Kaskaden von Zentrifugen hintereinander zu schalten, noch in diesen über einen längeren Zeitraum ohne Unterbrechungen Uran anzureichern. Trotzdem kann man aber davon ausgehen, dass der Iran langsam aber sicher seine Fähigkeit ausbaut, Uran auch in größerem Umfang anzureichern.

Geht man von dem *worst case scenario* aus, obwohl dieses allein aus technischen Gründen wenig wahrscheinlich erscheint, dürfte Teheran frühestens 2009 oder 2010 genug hochangereichertes Uran für die Herstellung einer Atombombe zur Verfügung haben⁴. Wenn 3.000 Zentrifugen reibungslos und ohne Unterbrechung arbeiten würden – und diese technische Fähigkeit hat der Iran noch nicht – wären mindestens neun bis zwölf Monate nötig⁵, um genug hochangereichertes Uran für eine Atombombe zur Verfügung zu haben (sollte der Iran entscheiden eine solche zu bauen). Beim Betrieb von nur 1.312 Zentrifugen würden sogar 20 bis 27 Monate notwendig sein. Die Entwicklung einer einsatzfähigen Atomwaffe kostet allerdings zusätzliche Zeit. Selbst der damalige Chef der US-Geheimdienste John Negroponte hält eine iranische Atombombe frühestens 2010 bis 2015 für realistisch⁶.

Zu Alarmismus besteht deshalb kein Anlass. Zudem gibt es bisher keinen Beweis für die Existenz eines aktiven Nuklearwaffenprogramms im Iran. Zwar sind unter radikalkonservativen islamistischen Gruppierungen des Irans Stimmen vorhanden, die Atomwaffen für den besten Schutz vor einem Angriff der USA halten⁷. Aber sowohl der Oberste Religionsführer, Ayatollah Khamenei, als auch Präsident Ahmadinedschad sowie moderatere Kräfte in der iranischen Führung betonen immer wieder einhellig, dass das Atomprogramm ausschließlich zivilen Zwecken dienen soll. Durch die Urananreicherung solle der Iran in die Lage versetzt werden, Kernbrennstäbe für sein geplantes umfangreiches Kernenergieprogramm selbst herzustellen.

Die iranische Führung begründet ihre Ablehnung von Atomwaffen zum einen mit religiösen Motiven. Massenvernichtungswaffen trafen Unschuldige und deshalb habe Ayatollah Khamenei sie 2004 durch eine *Fatwa* für mit dem Islam unvereinbar erklärt. Zum anderen werden politische Gründe angeführt: „Hätten wir Atomwaffen, dann begänne ein Wettüsten in unseren Nachbarländern“⁸, erklärte zum Beispiel der Vorsitzende des Iranischen Sicherheitsrates Ali Laridschani und schlussfolgert, dass dies nicht im nationalen Interesse des Irans läge.

Eine strategische Entscheidung für Atomwaffen ist in Teheran jedenfalls noch nicht getroffen worden. Darin stimmen führende Iran-Experten überein, unter anderem auch diejenigen, die auf einer vom BICC mitorganisierten Konferenz im Juni 2006 in Berlin zusammengekommen waren⁹. Natürlich ist eine Änderung der bisherigen Haltung der iranischen Führung und eine Beschlussfassung für den Bau von Atomwaffen in Zukunft nicht auszuschließen. Allerdings wäre das nicht ohne größere Auseinandersetzungen

innerhalb der iranischen Elite sowie der Gesellschaft zu erreichen.

Demgegenüber ist die iranische Führung gegenwärtig einhellig der Auffassung, dass das Land auf die Urananreicherung nicht verzichten darf. Zwar hat Ahmadinedschad im Iran vor allem wegen nicht eingehaltener sozialer und wirtschaftlicher Versprechen an Einfluss verloren, wie die Ergebnisse den Kommunalwahlen und der Wahlen zum religiösen Expertenrat im Dezember 2006 belegen. Allerdings haben dabei außenpolitische Fragen nur eine geringe Rolle gespielt.

Differenzen innerhalb der iranischen Elite gibt es vor allem „in Bezug auf den Stil und die Taktik“ der Außenpolitik, schlussfolgert die renommierte „*International Crisis Group*“ in ihrem jüngsten Bericht über den Iran¹⁰. In Bezug auf grundlegende außenpolitische Fragen wie die Urananreicherung hingegen gäbe es einen „breiten Konsens innerhalb des Regimes“ von Radikalkonservativen über pragmatische Konservative bis hin zu den Reformern. Auch die überwiegende Mehrheit der iranischen Bevölkerung teilt diese Auffassung¹¹. Die Urananreicherung wird als eine Frage des nationalen Prestiges und der nationalen Souveränität angesehen, die gleichzeitig für den wirtschaftlich-technologischen Fortschritt des Landes entscheidend ist.

Mögliche Szenarien bei Fortsetzung der bisherigen Strategie gegenüber dem Iran

Verschärfung der Sanktionen

Wenn der Iran weiterhin nicht der Suspendierungsforderung des UN-Sicherheitsrates nachkommt, ist mit einer schrittweisen Verschärfung von Sanktionen zu rechnen. Solange keine eindeutigen Beweise für ein Atomwaffenprogramm des Irans vorliegen, werden Sanktionen, auf die sich der UN-Sicherheitsrat einigen können, jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin vor allem symbolischer Natur sein. Ein Öl- und Gasembargo zum Beispiel, das auch Europa ökonomisch stark treffen würde, oder ein Verbot von Waffenexporten in den Iran werden sowohl Russland als auch China nicht nur aus ökonomischen Eigeninteressen kaum zustimmen. Darüber hinaus hegen diese beiden UN-Vetomächte nämlich auch generelle Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Sanktionen und befürchten zu recht, dass diese in Teheran eher die Hardliner stärken würden¹².

Die US-Administration wird sicherlich fortfahren, Druck auf alle anderen Staaten auszuüben, über die UN-Maßnahmen hinausgehende Sanktionen zu ergreifen. Diplomatischer,

ökonomischer und militärischer Druck sind die bevorzugten Mittel, mit denen die US-Regierung nicht nur eine Atomwaffe in iranischer Hand verhindern will, sondern auch erklärtermaßen einen Regimewechsel im Iran anstrebt. So soll die Stärkung eines potentiellen regionalen Kontrahenten verhindert werden, der auch aus historischen Gründen (Teheraner Geiselname 1979) als „Feind“ eingeschätzt wird.

Insbesondere bemüht sich die Bush-Administration, weitere Erdöl- und Erdgasprojekte sowie Finanzgeschäfte mit Teheran zu verhindern. Davon wären auch ökonomische Interessen Europas und speziell Deutschlands gefährdet. Deutschland ist mit Exporten im Wert von 4,1 Milliarden Euro im Jahr 2006 der wichtigste Lieferant des Irans. Auch Italien und Frankreich sind stark engagiert. Handelsembargos würden in Deutschland „vor allem den Mittelstand“, speziell den Maschinen- und Anlagenbau treffen, schätzt die deutsche Wirtschaft ein¹³. Bisher hat sich die Bundesregierung dem US-Druck nicht gebeugt und übernimmt weiterhin Bürgschaften für Exporte in den Iran, auch wenn diese in den vergangenen Jahren zurückgegangen sind¹⁴.

Zweifellos werden sowohl weitere zu erwartende UN-Sanktionen als auch weitere von einzelnen Staaten oder Staatengruppen ausgesprochene Sanktionen nicht ohne jegliche Wirkung bleiben. Doch die ökonomischen Wirkungen dürften wegen des hohen Ölpreises und der damit außerordentlich gut gefüllten Kassen des Irans höchstens mittel- oder langfristig die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven des Landes beeinträchtigen. Politisch dürften sie jedoch vor allem den Spielraum von Präsident Ahmadineschad erhöhen, der sie zur Schürung nationalistischer Stimmungen instrumentalisieren könnte. Mit großer Sicherheit wären zudem weitere Einschränkungen der Kontrollmöglichkeiten der IAEO im Iran oder gar ein Austritt des Irans aus dem Atomwaffensperrvertrag zu erwarten¹⁵.

Es gilt den Realitäten ins Auge zu sehen, wie auch Mark Fitzpatrick vom Londoner „*International Institute for Strategic Studies*“ einschätzt: „Die Chancen sind gering, dass eine Kombination von Sanktionen und Anreizen Teheran dazu bewegen wird, die Urananreicherung zu beenden oder irgendwelche Teile seines Nuklearprogramms abzubauen“¹⁶.

Militärschlag

Neben Russland und China hat auch Deutschland erklärt, dass ausschließlich eine Verhandlungslösung für den Konflikt um das iranische Atomprogramm in Frage komme.

Auch wenn ein US-geführter Militärschlag gegenwärtig – vor allem wegen der Lage im Irak sowie wegen der bündnispolitischen Konstellationen – nicht wahrscheinlich erscheint, kann er nicht ausgeschlossen werden.

Allerdings wäre ein Militärschlag mit unübersehbaren negativen Konsequenzen, nicht nur für die iranische Bevölkerung, sondern auch für die regionale Stabilität vor allem im Irak und in Israel/Palästina sowie für die Weltwirtschaft und das Ansehen des Westens bzw. besonders der USA in der muslimischen Welt verbunden¹⁷. Er würde zudem das iranische Atomprogramm bestenfalls um einige Jahre zurückwerfen, den Iran aber wohl endgültig zu der Entscheidung treiben, Atomwaffen herzustellen und aus dem Atomwaffensperrvertrag auszusteigen. Deshalb wäre auch ein militärischer Angriff auf den Iran keine Lösung.

Ein Weg aus der Sackgasse: Der deutsche Beitrag zu einem Strategiewechsel

Die bisherige Strategie der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Atomprogramm des Irans hat in eine politische Sackgasse geführt. Eine Eskalation mittels weiterer Sanktionen oder mittels militärischer Aktionen sind weder erfolversprechend noch im deutschen und europäischen Interesse. Wegen ihrer gegenwärtigen Funktionen in der EU und im Rahmen der G-8, aber auch darüber hinaus als einflussreiches EU-Mitglied, wichtiger Bündnispartner der USA und strategischer Partner Russlands kann die deutsche Politik bei der Suche nach Alternativen eine wichtige, initiiierende Rolle spielen. Allerdings erfordert dies eine Hinwendung zu mehr Realismus, Flexibilität und Pragmatismus in der deutschen Iran-Politik.

Verhandlungen ohne Vorbedingungen beginnen

Es müssen so schnell wie möglich ernsthafte Verhandlungen über das im Juni 2006 vorgelegte Angebot der sechs Mächte China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA mit dem Iran in diesem oder einem erweiterten Kreis begonnen werden. Dazu ist der Iran erklärtermaßen bereit.

- Die deutsche Politik sollte sich dafür einsetzen, dass die unrealistische Vorbedingung, der Iran müsse vor dem Beginn solcher Verhandlungen seine Urananreicherung aussetzen, fallengelassen wird. Ohnehin ist verständlich, warum im Falle des Irans die Suspendierung der Urananreicherung eine Vorbedingung für Gespräche sein soll, während bei den Verhandlungen mit Nordkorea keine vergleichbare Vorbedingung gestellt worden ist.

- Alternativ sollte sich die deutsche Politik dafür einsetzen, dass in themenbezogenen Arbeitsgruppen zumindest verhandlungsähnliche Gespräche über das Angebot unmittelbar beginnen.

Politische Entspannung fördern

Damit der Konflikt nicht eskaliert und damit Atomwaffenbefürworter im Iran nicht die Oberhand erhalten, sind entsprechende politische Bedingungen entscheidend. Mit einer „Entspannungspolitik“ könnten die Bedrohungswahrnehmung in Teheran verändert und insbesondere diejenigen Akteure in der iranischen Führung gestärkt werden, die zwar eigene Anreicherungs-kapazitäten für ein ziviles Nuklearprogramm befürworten, aber Atomwaffenbesitz für den Iran ablehnen.

- Die deutsche Politik sollte explizit eine legitime Rolle des Irans als regionaler Macht im Nahen und Mittleren Osten anerkennen sowie die grundsätzliche Anerkennung des Rechts des Irans auf einen vollständigen Brennstoffkreislauf unter scharfen internationalen Kontrollen unterstützen.
- Da das gestörte iranisch-amerikanische Verhältnis eine wesentliche Ursache auch des aktuellen Atomkonflikts ist, sollte die deutsche Politik eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Iran und den USA explizit einfordern und unterstützen. Ein Dialog zwischen diesen beiden Staaten ohne Vorbedingungen ist überfällig. Wie gegenüber Nordkorea sollten die USA auch gegenüber dem Iran umfassende diplomatische Beziehungen, ein Ende jeglicher US-Sanktionen und Sicherheitsgarantien in Aussicht stellen und das ohnehin aussichtslose Ziel eines Regimewechsels von außen aufgeben.
- Die deutsche Politik sollte sich weiterhin für eine Verhandlungslösung im Konflikt um das iranische Atomprogramm aussprechen sowie explizit militärische „Lösungen“ ablehnen. Sowohl die Stationierung von US-Flugzeugträgern im Persischen Golf als auch militärische Aktionen des Irans (Gefangennahme britischer Soldaten) im Persischen Golf sind destabilisierend.
- Die deutsche Politik sollte sich für eine einheitliche Front im Rahmen der EU einsetzen, die Sanktionswünsche der USA, die über UN-Sanktionen hinausgehen, ablehnt. Solche bilateralen Sanktionen sind nicht im ökonomischen Interesse Deutschlands und der EU. Auch sind sie nicht erfolversprechend, um die iranische Führung zu einer Suspendierung der Anreicherung zu bewegen, sondern sie beeinträchtigen das politische Klima.

Eine neue rote Linie einziehen

Das ursprünglich vor allem von den USA verfolgte Ziel von Null-Urananreicherungskapazitäten im Iran ist hinfällig geworden. „Jedoch ist es noch lange nicht zu spät, um eine iranische Atombombe zu verhindern“, wie Gareth Evans, der Präsident der „*International Crisis Group*“, richtigerweise feststellte¹⁸. Für diese neue „rote Linie“ sind entsprechende allgemeine politische und sicherheitspolitische Bedingungen sowie internationale Kontrollen des iranischen Atomprogramms die wichtigsten Mittel. Durch eine strenge internationale Aufsicht kann ein Abzweigen von Nuklearmaterial für militärische Zwecke weit früher entdeckt werden als ohne internationale Kontrollen. Durch Kontrollen kann Vertrauen aufgebaut werden. Weitgehende Transparenz würde auch helfen, eventuelle heimliche Atomwaffenprogramme zumindest zu verzögern.

- Die deutsche Politik sollte sich dafür einsetzen, dass nicht die Anreicherung, sondern die möglichst umfassende Kontrolle des iranischen Programm ins Zentrum der Diskussion und der Forderungen an den Iran gestellt werden¹⁹. Der Iran hat sich wiederholt bereit erklärt, wieder das IAEA-Zusatzprotokoll anzuwenden und zu ratifizieren. Weitergehende Kontrollen (zum Beispiel *On-Site Monitoring*) sind sinnvoll und auszuloten.
- Die deutsche Politik sollte sich dafür einsetzen, dass das Ziel von „Null-Anreicherung“ zugunsten einer „verzögerten begrenzten Anreicherung“ aufgegeben wird, wie es zum Beispiel die „*International Crisis Group*“ vorschlägt²⁰. Dabei ist auch zu prüfen, in wie weit die verschiedenen in den vergangenen Jahren vom Iran gemachten Vorschläge zu einer zeitweisen oder quantitativen Begrenzung der Urananreicherung auf iranischem Boden noch Gültigkeit haben²¹. Auch der iranische Vorschlag, die Urananreicherung unter Aufsicht der IAEA im Rahmen eines internationalen oder eines regionalen Konsortiums zu betreiben²², ist zu erwägen.
- Die deutsche Politik sollte sich weiterhin generell für die Internationalisierung solcher sensibler Technologien wie der Urananreicherung²³ einsetzen. Allerdings sind die Chancen gering, dass solche Konzepte helfen können, den aktuellen Konflikt mit dem Iran zu lösen.

Strategiewechsel statt Eskalation

Der hier skizzierte Strategiewechsel in der Politik gegenüber dem Iran birgt keine Erfolgsgarantie. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass die bisherige Strategie der Eskalation von Sanktionen bestenfalls erfolglos bleibt, schlimmstenfalls die Vorstufe einer militärische Aktion der USA darstellt, ist größer.

Ob es gelingt, einen Strategiewechsel zu erreichen, wird weitgehend davon abhängen, inwieweit die Bush-Administration zu einem „Paradigmen-Wechsel“ ihrer Iran-Politik bewegt werden kann. Dabei sind die Möglichkeiten der Einflussnahme durch Deutschland beziehungsweise der EU nicht zu unterschätzen. Zum einen drängen auch China, Russland sowie Entwicklungsländer wie Südafrika auf eine Änderung der US-Politik gegenüber dem Iran. Zum anderen haben sich die innenpolitischen Gewichte sowohl im US-Kongress wie auch in der Bush-Administration verschoben. Dass die Bush-Administration ihre Positionen zugunsten von mehr Pragmatismus und Flexibilität verändern kann, hat sie nicht zuletzt im Falle von Nordkorea gezeigt.

Allerdings erfordert eine solche Positionsbestimmung von Deutschland beziehungsweise der EU auch Meinungsverschiedenheiten mit der Bush-Administration nicht zu scheuen, sondern sie selbstbewusst dort auszutragen, wo sie aus Sachüberlegungen heraus begründet sind. „Mannesmut vor Fürstenthron“ (Schiller) dürfte nicht nur deutschen und europäischen Interessen in Bezug auf den Iran-Konflikt, sondern auch langfristig guten und gesunden transatlantischen Beziehungen dienlicher sein als „Feigheit vor dem Freund“.

¹ von Boemcken, Marc und Jerry Sommer. 2006. „Der Streit um das iranische Atomprogramm: Auf der Suche nach dem ‚kreativen Kompromiss‘“. *Focus*, BICC, Bonn, Juni. (www.bicc.de)

² Vgl. zum Stand des iranischen Atomprogramms u.a.: Fitzpatrick, Mark. 2007. „Can Iran’s Nuclear Capability Be Kept Latent?“, in: *Survival*, Vol. 49 Nr. 1, Frühjahr, IISS, London. S. 33ff; Cirincione, Joseph und Andrew Grotto. 2007. *Contain and Engage*, Center for American Progress, Washington, DC, März.



Jerry Sommer, BICC
Research Associate, ist
Politikwissenschaftler und
Historiker. Er arbeitet als
freier Publizist

- ³ "IAEA cites gains in Iran nuclear effort," *Los Angeles Times*, 19.4.2007
- ⁴ Fitzpatrick, Mark, a.a. O. S. 38.
- ⁵ Vgl. International Institute for Strategic Studies. 2005. *Iran's Strategic Weapons Programmes: A Net Assessment*. Abington. S. 54.
- ⁶ "Iran bomb 'within next 10 years'". BBC News; http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/5039956.stm.
- ⁷ Die erzkonservative Zeitung „Keyhan“ riet zum Beispiel am 12.2.2006 „sich das Wissen und die Fähigkeit zur Herstellung von Nuklearwaffen anzueignen, die in Vorbereitung auf die nächste Phase zukünftiger Schlachten notwendig sind“; zit. nach: Takeyh, Ray. 2006. *Hidden Iran*. Council on Foreign Relations Book, New York. S. 150.
- ⁸ Laridschani, Ali. 2007. „Wir garantieren, dass wir keine Atomwaffen entwickeln“, Interview in *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Februar.
- ⁹ Karim Sadjadpur von der *International Crisis Group*, Götz Neuneck vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Bernd W. Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, alle in: 2006. *Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse*. Paper 52, BICC, Bonn, August (www.bicc.de). Siehe auch Perthes/Wagner. 2007. „Black Box Teheran“, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 7, S. 830.
- ¹⁰ International Crisis Group (ICG). 2007. „Iran: Ahmadi-Nejad's Tumultuous Presidency“. *Middle East Briefing* Nr 21; Februar, S. 2.
- ¹¹ Laut einer US-amerikanischen Meinungsumfrage vom Januar 2006 halten 84 Prozent der Iraner die Urananreicherung für „sehr wichtig“ und eine Mehrheit lehnt den Verzicht darauf ab. Gleichzeitig befürworten 66 Prozent der Iraner, dass das Land Mitglied im Atomwaffensperrvertrag bleiben soll, auch wenn das einen Verzicht auf Atomwaffen bedeutet. S. Gutman, Roy. 2007. „Poll shows Iranians support for uranium-enrichment program“; in: *McClatchy Newspapers*, 24. Januar.
- ¹² S. Grundsatzrede des russischen Außenministers Sergey Lavrov am 17.3.2007 in Moskau vor der XV. Versammlung des „Council on Foreign and Defense Policy“.
- ¹³ Jens Nagel. 2007. Geschäftsführer Außenwirtschaft des Deutschen Groß- und Außenhandels. Interview in *Kölnischer Stadtanzeiger* vom 11. April.
- ¹⁴ Laut „Financial Times Deutschland“ vom 15.2.2007 sind solche Bürgschaften von 1,4 Milliarden Euro 2005 auf 900 Millionen Euro 2006 gesunken.
- ¹⁵ Das iranische Parlament hat einen Beschluss gefasst, nach dem die Regierung nach dem UN-Sicherheitsratsbeschluss die Zusammenarbeit mit der IAEA als auch die Mitgliedschaft im Atomsperrvertrag überprüfen müsse. Darauf hat sich auch Ali Laridschani berufen: "If they continue to pressure Iran over its peaceful nuclear activities, we have no other choice but to follow parliament's order and review our membership of the NPT". Zit. nach: Reuters: „Iran will review atomic NPT membership if pushed“, 9.4.2007.
- ¹⁶ Fitzpatrick, Mark. S. 33, a.a.O.
- ¹⁷ Vgl. u.a. Fitzpatrick, Mark. 2007. "Time to Talk. The Case for Diplomatic Solutions on Iran". Crisis Action, London, März. S. 46ff. (www.crisisiran.com).
- ¹⁸ Evans, Gareth. 2007. "It's not too late to stop Iran", in: *International Herald Tribune* vom 16. Februar.
- ¹⁹ So auch Christoph Bertram, der ehemalige Direktor des IISS, London, und der deutschen „Stiftung Wissenschaft und Politik“: 2007. „Wer im Loch steckt, soll nicht noch graben“; in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. März.
- ²⁰ Evans, Gareth, s.o.
- ²¹ Vgl. genau Auflistung bei Fitzpatrick, Mark, a.a.O., S. 49f.
- ²² Solch einen Vorschlag machte zum Beispiel Ali Larijani in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 11.2.2007. Einen iranischen Vorschlag ein gemeinsames Konsortium von Staaten der Golfregion zur Herstellung von Nuklearbrennstäben zu errichten, hat das Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats des Irans, Hosan Rohani, vorgelegt: 2007. "Proposals for Persian Gulf Security". *Iran Daily* vom 11. April.
- ²³ Vgl. Müller, Harald. 2006. *Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs: Ein Ausweg aus den Nuklearkrisen?*, HSK-Report 10, Frankfurt/Main.